

REPORT

*Wenn Mütter oder Väter schwarzsehen, finden sie manchmal keinen Ausweg mehr.
Einige nehmen ihre Familie mit in den Tod*

Die Angst vor dem Nichts

ANDREA LEIBER

*Wie eingemauert ohne Weg hinaus:
ein Mensch in sozialer Not.*

Foto: Theissen/vario images

Vor wenigen Tagen löste diese Meldung Entsetzen aus: Im Landkreis Ansbach hatte ein Familienvater seine Mutter, seine Ehefrau, die beiden Kinder, den Mischlingshund und sich selbst erstochen. Angehörige und Nachbarn, die eine solche

Tat niemals erwartet hätten, mussten notseelsorgerisch betreut werden. Die Familie hatte unauffällig in scheinbar geordneten Verhältnissen gelebt.

Auch die allein erziehende Sylvia W. schien mit ihrem Leben zurecht zu kommen. Keiner, der sie kannte, spürte etwas von der Verzweiflung, die sie erfüllt haben muss. Mit ihrem dreijährigen Sohn Kevin wohnte sie in Taufkirchen, einer Trabantenstadt südlich von München. Zur Hausgemeinschaft pflegte sie gute Beziehungen. „Viele von uns sind per Du, man ist miteinander vertraut und hat ein offenes Ohr für die anderen“, berichtet eine Anwohnerin unter Tränen.

Kevin besuchte regelmäßig einen Kindergarten. Er war, das sagen alle Nachbarn übereinstimmend, der Mittelpunkt im Leben seiner Mutter. Vor einiger Zeit hatte diese in gegenseitigem Einvernehmen mit dem Arbeitgeber ihre Halbtagsstelle in der Verwaltung eines Feinkostherstellers aufgegeben. Dort entstand der Eindruck, so der Firmensprecher, „dass Sylvia W. Berufstätigkeit und Kind nicht vereinbaren konnte. Das erleben wir öfter bei jungen Müttern.“

Durch eine Zwangsäumung hatte Sylvia W. vor einigen Jahren schon einmal eine Wohnung verloren. Wegen Mietschulden sollte sie nun erneut zwangsgeräumt werden. Anderweitige Verbindlichkeiten in fünfstelliger Höhe waren angelaufen – von all dem wusste nicht einmal Sylvia W.s beste Freundin. Als am frühen Morgen des 26. Juni dieses Jahres der Gerichtsvollzieher zur Zwangsäumung erschien, stürzte sich Sylvia W. vor dessen Augen und vor Nachbarn und Freunden vom Dach des Wohnblocks in den Tod. In der Nacht hatte sie ihren Sohn erwürgt und ihre beiden Katzen getötet.

Wie ist so etwas möglich? Was führt zu solchen Verzweiflungstaten?

„Die Angst vor dem sozialen Nichts kann sich bis ins Unermessliche steigern“, weiß die Münsteraner Professorin für Sozialpolitik, Margherita Zander, die empirische Forschung zum Thema Kinderarmut betreibt. „Solange eine Frau noch eine Wohnung hat, kann sie als Mutter nach außen hin Normalität repräsentieren. Sie glaubt, ihrem Kind noch einigermaßen gerecht werden zu können. Wer für sich selbst jedoch überhaupt keine Hoffnung mehr hat, sieht unter Umständen auch für sein Kind keine Zukunft mehr. Je länger außerdem die Armutslage andauert, je geringer die Aussicht wird, dass sich die persönliche Situation noch ändert, umso eher entstehen behandlungsbedürftige physische oder psychische Störungen.“

10.733 dokumentierte Suizide erfasste das Statistische Bundesamt im vergangenen Erhebungsjahr. Die Suizidzahlen in Deutschland sind seit einiger Zeit leicht rückläufig. Der so genannte Erweiterte Suizid, dem immer die Tötung von Familienangehörigen vorausgeht, spielt statistisch keine Rolle. Dennoch können die

jährlich etwa zehn Fälle von Eltern, die ihre Kinder aus Verzweiflung über ihre persönlichen Lebensumstände mit in den Tod nehmen, als alarmierende Zeichen für Lücken in unserem sozialen Netz gelesen werden. Die folgenden Beispiele zeigen, mit welcher Wucht abgrundtiefe Hoffnungslosigkeit Energien freisetzen kann, die unter günstigeren Bedingungen vielleicht konstruktive Lösungen ermöglicht hätten:

Im brandenburgischen Oranienburg erdrosselt ein Vater seine ein und drei Jahre alte Söhne, erwürgt die heimkehrende Ehefrau und erhängt sich.

Ein Vater in Berlin-Steglitz erdrosselt seine zweijährige Tochter, erschlägt seine Lebensgefährtin, schneidet sich die Pulsadern auf und springt aus dem Fenster.

Mit dem Messer ersticht im niedersächsischen Bommlietz eine Mutter den einjährigen Sohn und ihre beiden Hunde. Sie setzt ihr Haus in Brand und schneidet sich die Pulsadern auf. Schwer verletzt überlebt sie.

„Während beim Erweiterten Suizid bei Vätern auch der Impuls der Rache an der Partnerin eine Rolle spielen kann, wollen Mütter ihre Kinder meist vor einer vermeintlich aussichtslosen Zukunft bewahren“, erklärt Sigrid Grantner, Geschäftsführerin des Landesverbandes allein erziehender Mütter und Väter Baden-Württemberg. Verbesserungsbedarf sieht sie bei der mangelnden öffentlichen Anerkennung seelischen Leids, zum Beispiel der Traumatisierung. Verletzungen durch prügelnde oder systematisch kränkende Lebenspartner würden nach wie vor bagatellisiert.

Und obwohl ihr Verband allen, die unter Beziehung oder Trennung leiden, rät, als Entlastung eine Psychotherapie zu beginnen, warnt Sigrid Grantner Frauen vor den Folgen, die für sie im Rahmen von Sorgerechtsstreitigkeiten dadurch entstehen können: „Wenn Mütter wegen Trennungsschwierigkeiten oder häuslicher Gewalt therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen, wird dies von Anwälten zunehmend als Indiz für Erziehungsunfähigkeit gegen sie verwendet, während therapiewillige Väter vor Gericht eher auf Anerkennung stoßen.“

Gegen Kevins Vater bestand ein Kontaktverbot, das eine Woche nach Sylvia W.s Verzweiflungstat ausgelaufen wäre. „Kontaktverbote werden in aller Regel nur dann verhängt, wenn sich massive körperliche oder seelische Gewalt zugetragen hat“, weiß Elke Frank, Mitarbeiterin des Münchner Beratungszentrum Kofra für Frauen. „Vieles deutet darauf hin, dass Sylvia W. traumatisiert war. Das würde erklären, weshalb sie nicht mehr die Kraft hatte, die Räumungsfrist und das Kontaktverbot verlängern zu lassen, was wahrscheinlich möglich gewesen wäre. Eine unbehandelte Traumatisierung kostet so viel Energie, dass diese dann selbst bei der Bewältigung elementarer Alltagsaufgaben fehlt.“

Auch ohne manifestes psychisches Leid können Eltern, vor allem Eltern junger Kinder, in der Bundesrepublik unter enorme Belastungen geraten. Keine andere

Gruppe ist hierzulande einem solchen wirtschaftlichen Druck ausgesetzt. Eine 2005 veröffentlichte Unicef-Studie ergab, dass die Kinderarmut in Deutschland seit 1990 stärker angewachsen ist als in den meisten anderen Industrienationen. Mittlerweile lebt jedes zehnte Kind in einer Familie, die mit weniger als der Hälfte des landesweiten Durchschnittseinkommens zurechtkommen muss – Tendenz steigend. Zwar ist ein Kind noch kein direktes Armutsrisiko. Die größte Armutsquote liegt jedoch bei den Alleinerziehenden mit Kindern bis zu drei Jahren, gefolgt von Familien mit kleinen Kindern. 85 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Dass Kinderarmut und niedrige Geburtenzahlen in einem Industrieland korrelieren, liegt nahe.

Ungerechte Lasten

Armut hat viele Aspekte. Nicht nur die Höhe der staatlichen Aufwendungen ist für die Förderung von Kindern entscheidend, es kommt auch auf das Wie an. Während Norwegen einen ähnlich hohen Anteil des Bruttosozialprodukts für die soziale Absicherung von Familien ausgibt wie Deutschland, liegt die Kinderarmut dort bei nur 3,4 Prozent. „Für Kleinkinder gibt es in Deutschland immer noch zu wenige öffentliche Betreuungsangebote, so dass Erwerbstätigkeit häufig kaum vereinbar ist mit Mutterschaft“, sagt die Professorin für Sozialpolitik, Margherita Zander. „Es belastet zudem eine gesellschaftliche Gruppe, die ohnehin bereits wirtschaftlich benachteiligt ist, doppelt, wenn das Kindergeld auf das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld angerechnet wird. Eltern mit höherem Einkommen können hingegen mit dem zusätzlichen Kindergeld rechnen.“

Zander fordert eine staatliche Grundsicherung für Kinder, die alle Grundbedürfnisse abdeckt. Zusätzlich plädiert sie für flächendeckende kompensierende Angebote in Schulen, Kindergärten und Horten: „Von Armut betroffene Kinder sind gegenüber Kindern aus besser gestellten Familien auf vielerlei Ebenen benachteiligt: bei Freizeitaktivitäten und Bildungschancen, aber auch bei räumlicher Mobilität und der Möglichkeit, unterschiedliche soziale Kontakte zu schließen.“

Gisela Notz, Vorsitzende des Bundesverbandes Pro Familia, ergänzt, das Arbeitslosengeld II müsse existenzsichernd und unabhängig von einer eventuellen Partnerschaft gestaltet werden: „Die Zahl obdachloser Frauen wird sich durch das Arbeitslosengeld II weiter erhöhen. Die Möglichkeit, bei anderen unterzuschlüpfen, wird dezimiert werden.“ Nirgendwo in Europa werde das Modell der Abhängigkeit des geringer verdienenden Partners vom besser verdienenden auch steuerlich so stark begünstigt wie in Deutschland.

Mit Sylvia W. versuchte der Außendienst der zuständigen Sozialbehörde vergeblich, vor der Zwangsräumung Kontakt aufzunehmen. Ein Brief und eine eingeworfene Visitenkarte blieben unbeantwortet. Was ist zu tun, wenn Eltern in Notlagen Beratungsangebote ignorieren?

Innere Resignation entsteht schleichend“, erklärt Dorothea Götsch-Ulmer, Vorstandsmitglied des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit und Mitwirkende im Nationalen Suizidpräventionsprogramm. „Der Prozess kennt viele Phasen, in denen er noch umkehrbar ist. Es muss in Deutschland wieder funktionierende sozialpädagogische Schnittstellen geben. Wir brauchen Bezirkssozialarbeiter mit Allround-Zuständigkeit, bei denen alle wichtigen Informationen zusammenlaufen. In den siebziger Jahren haben wir sie weganonymisiert und wegrationalisiert.“

Herz statt Vorschrift

Der Professor für klinische Psychologie an der Uniklinik Würzburg und Vorsitzende des Nationalen Suizidpräventionsprogramms, Armin Schmidtke, kennt den Erweiterten Suizid aus seiner Praxis. Manchmal wenden er und seine Kollegen auf unorthodoxe Weise zwischenmenschliche Zuwendung an, um Schlimmstes zu verhindern: „Wir hatten vor einiger Zeit den Fall einer Mutter, die ihr Neugeborenes getötet und anschließend Suizid versucht hatte. Während ihrer zweiten Schwangerschaft konnten wir sie in langen Gesprächen davon überzeugen, sich vorübergehend stationär bei uns aufnehmen zu lassen, um so eine Wiederholung zu verhindern.“

Auch die Zivilprozessordnung müsste überarbeitet werden. Marianne Breithaupt, Professorin für Recht in der Sozialen Arbeit an der FH Landshut, fordert: „Wenn Minderjährige mitbetroffen sind, sollte eine Zwangsräumung nur mit Einschaltung des Jugendamts möglich sein. Die Behörde sollte eine Garantenstellung einnehmen und von sich aus prüfen, ob die Räumungsfrist verlängert werden kann. Notfalls könnte die Gemeinde die Miete übernehmen, anstatt Minderjährige in oftmals überbezahlten, für Kinder vollkommen unzureichende Notunterkünfte abzuschicken.“

Bei der Trauerfeier für Kevin und Sylvia W. sagt ein Nachbar fassungslos: „Eine Gesellschaft, die so viele materielle Reichtümer anhäuft wie die unsere, muss doch auch ein Auge für ihre Schwächsten haben!“